

## Nach Viola Amherd macht nun auch das Parlament Dampf für die Kampffjet-Beschaffung

Bundesrätin Viola Amherd löst mit ihrem Auftritt gegen die F-35-Initiative eine Kontroverse aus. Doch das Parlament will die Beschaffung beschleunigen.

Erich Aschwanden

02.03.2022, 16.42 Uhr



Die Beschaffung von F-35-Kampffjets soll nun Rückenwind aus dem Parlament erhalten.

Karolio Kavolelio / Imago

Es war ein Auftritt von Viola Amherd, der schon fast historische Dimensionen hat. Die Verteidigungsministerin appellierte am Dienstagabend im Westschweizer Fernsehen an die Initianten, ihr Volksbegehren gegen die F-35-Kampfflugzeuge zurückzuziehen. Die Ereignisse in der Ukraine machten klar, wie wichtig es sei, dass die Schweiz ihren Luftraum selber

schützen könne, so redete die Bundesrätin den Initianten ins Gewissen.

Eine kleine Umfrage unter Politologen führt zu einem eindeutigen Ergebnis: Keiner der langjährigen Kenner der Schweizer Politlandschaft kann sich erinnern, dass einmal ein Mitglied der Landesregierung bereits während der Unterschriftensammlung eingegriffen hätte. «Das ist höchst ungewöhnlich und in dieser Form wohl noch nie geschehen», erklärt Thomas Milic, der am Liechtenstein-Institut forscht.

## **Politologen halten Initiative für chancenlos**

Normalerweise tritt der Bundesrat erst nach dem Zustandekommen in Kontakt mit den Initianten und sucht allenfalls zusammen mit dem Parlament nach einem Gegenvorschlag. Als «präzedenzlos» bezeichnet denn auch der Politologe Daniel Kübler vom Zentrum für Demokratie Aarau die Intervention der Bundesrätin.

Rein demokratiepolitisch ist aus Sicht von Milic das Vorpreschen Amherds fragwürdig. Andererseits zeigt er Verständnis für die Verteidigungsministerin: «Der Konflikt in der Ukraine hat die Ausgangslage auf einen Schlag vollkommen verändert. Der Initiative bläst ein eisiger Wind entgegen.» Milic rechnet mit einer klaren Ablehnung an der Urne. «Insofern wäre das aktive Vorgehen der Bundesrätin wohl gar nicht nötig gewesen», betont der Politikwissenschaftler.

«Wenn die Initiative tatsächlich die Beschaffung des F-35 verzögert, dann kann ich Amherds Appell verstehen», sagt Daniel Kübler. «Ein Rückzug des Volksbegehrens könnte den Initianten ermöglichen, das Gesicht zu wahren.» Auch der

Aarauer Politikwissenschaftler kann sich nicht vorstellen, dass die GSoA-Initiative an der Urne eine Chance haben wird. Sie werde von vielen Leuten mehr denn je als Zwängerei wahrgenommen.

Dezidiert anderer Ansicht als seine Kollegen ist der emeritierte Politologe Wolf Linder. «Das geht staatspolitisch überhaupt nicht», kritisiert er Amherd. «Es gibt keinen Grund zu hyperventilieren.» Der Bundesrat habe alle Mittel in der Hand, um die Initiative zu bekämpfen. Linder erinnert daran, dass es beim Kauf von F/A-18-Kampffjets in den 1990er Jahren zu einer ähnlichen Konstellation kam. Damals führten die Kriege in Jugoslawien zu einem Stimmungsumschwung zugunsten des Rüstungsgeschäfts.

Verärgert über den Auftritt von Viola Amherd ist die SP-Sicherheitspolitikerin Franziska Roth. «Es ist ein starkes Stück, dass ein Mitglied der Landesregierung die Leute auffordert, unsere Initiative nicht zu unterschreiben beziehungsweise sie zurückzuziehen.» Ein solches Vorgehen ist aus Sicht der Solothurner Nationalrätin demokratiepolitisch falsch.

«Es ist gesellschaftspolitisch inakzeptabel, wenn traurige Umstände für eigene politische Zwecke instrumentalisiert werden. Inhaltlich ist es auch nicht begründbar, führt doch Russland den Angriffskrieg überwiegend mit ballistischen Kurzstreckenraketen sowie Marschflugkörpern und Lenkwaffen, gegen welche Kampffjets weitgehend machtlos sind», ärgert sie sich.

Auf jeden Fall sieht Roth keinerlei Veranlassung, auf den Appell Amherds einzugehen. Auch andere Sicherheitspolitikerinnen von SP und Grünen haben in den letzten Tagen keine

Bereitschaft erkennen lassen, die Unterschriftensammlung abubrechen. Als «staatspolitisch unerhört» bezeichnete Balthasar Glättli, der Präsident der Grünen Partei, die Intervention von Bundesrätin Amherd gegenüber CH-Media.

Doch je länger der Krieg in der Ukraine dauert und je blutiger die Kämpfe werden, umso grösser wird das Unverständnis für die Gruppe Schweiz ohne Armee (GSoA) und die übrigen Unterstützer der Stopp-F-35-Initiative. Dies dürfte auch am Donnerstagmorgen zum Ausdruck kommen, wenn sich die Sicherheitspolitische Kommission (SiK) des Nationalrats wegen der gegenwärtigen geopolitischen Lage zu einer ausserordentlichen Sitzung trifft.

Nationalrätin Maja Riniker (FDP) überlegt sich, bei dieser Gelegenheit die zuständige Bundesrätin zu fragen, wie die Kampfjet-Beschaffung ganz konkret beschleunigt werden könnte. Der Appell von Viola Amherd sei absolut richtig gewesen, bekräftigt Riniker. Auch Nationalrätin Tiana Angelina Moser kann die Kritik an der Verteidigungsministerin nicht verstehen. «Die Abstimmung über die Beschaffung hat bereits stattgefunden und das Volk hat, wenn auch knapp, Ja dazu gesagt», erklärt die GLP-Fraktionschefin. «Das Volk hat damals gewusst, dass es zu einem Kredit mit vier Typenoptionen ja sagt » Es sei in der Schweiz jedermann freigestellt, solche Entscheide infrage zu stellen. «Doch hier handelt es sich um eine Zwängerei», betont Moser.

Die GLP habe sich für die Beschaffung der 36 Kampfflugzeuge ausgesprochen und stehe angesichts der neuen weltpolitischen Lage mehr denn je zu dieser Entscheid. «Die Behandlung der Armeebotschaft muss jetzt fortgesetzt werden. Der Beschaffungsprozess darf nicht durch eine erneute Volksabstimmung blockiert werden», erklärt Moser.

## Ständerat soll jetzt vorwärtsmachen

Auch Nationalrat Alois Gmür erklärt dezidiert: «Das Volk hat die Kredite genehmigt, und nun ist es an uns, das Geschäft möglichst schnell über die Bühne zu bringen», erklärt der Mitte-Vertreter. Doch genau damit harzt es momentan. Der Ständerat will die Beschaffungsbotschaft erst im Herbst beraten und nicht wie vom Verteidigungsdepartement geplant im Sommer. Grund für die Verzögerung ist ein Bericht der Geschäftsprüfungskommission, der die Beschaffung durchleuchten soll.

Gmür ist der Überzeugung, dass man sich eine solche Verzögerung angesichts der dramatischen Lage in der Ukraine nicht mehr leisten könne. Am Zug ist nun die SiK des Ständerates, die aufgefordert wird, jetzt aufs Gaspedal zu treten. Zurzeit laufen die Drähte zwischen National- und Ständerat heiss, und es ist gut möglich, dass die Beschaffung rasch Fahrt aufnimmt.

Nationalrätin Ida Glanzmann (Mitte) will auf jeden Fall nichts unversucht lassen, um das Geschäft bis im Herbst durch beide Parlamentskammern zu bringen. «Wenn die GSoA-Initiative bis zu diesem Zeitpunkt nicht eingereicht ist, werde ich mich dafür einsetzen, dass das Parlament den Vertrag mit Lockheed vorzeitig unterschreibt», kündigt Glanzmann an. «Es darf nicht sein, dass die Initiative zum reinen Verzögerungsinstrument wird.» Nicht nur von Viola Amherd, auch von grossen Teilen des Parlaments geraten die Initianten also ganz gehörig unter Druck.

## Passend zum Artikel

### FDP und SVP fordern Erhöhung des Militärbudgets – Grüne und SP driften auseinander

28.02.2022



### Der Wehrwille, die Technologie und der Informationskrieg sind die drei kritischen Erfolgsfaktoren der ukrainischen Armee

01.03.2022



LIVE

### Krieg in der Ukraine: russische Truppen in der Stadt Cherson +++ Explosionen und Luftalarm in Kiew +++ Deutschland will Flugabwehrraketen an die Ukraine liefern

vor 47 Minuten



## Mehr zum Thema Viola Amherd >



### Die Tarnkappen-Bundesrätin – Versuch der Ortung einer Unangreifbaren

04.01.2022



## Viola Amherds Vorsicht bei der Beschaffung des F-35 sorgt für Verwirrung

26.11.2021



### KOMMENTAR

## Es ist Zeit für ein deutliches Ausrufzeichen von Bundesrätin Viola Amherd

20.11.2021



### Weitere Themen

F-35

Ukraine

Kampjets

### Für Sie empfohlen >

## Unbeirrbarkeit ist ihr Markenzeichen

vor 4 Stunden



## Die Hälfte der Städtzürcher Kinderkrippen machte schon vor der Pandemie Verluste. Sozialvorsteher Golta will trotzdem am Vergütungssystem festhalten

02.03.2022



## INTERVIEW

**Mauro Pini, der Trainer der Slalom-Olympiasiegerin und Weltcup-Leaderin Petra Vlhova: «Sonst ist das nicht menschenmöglich und explodiert sie»**

02.03.2022



## DER ANDERE BLICK

**Sippenhaft für Russen dient dem Frieden nicht**

vor 4 Stunden



## KOMMENTAR

**Blieben aus Parteiräson? Frischer Wind würde dem Zürcher Regierungsrat guttun**

vor 4 Stunden



Copyright © Neue Zürcher Zeitung AG. Alle Rechte vorbehalten. Eine Weiterverarbeitung, Wiederveröffentlichung oder dauerhafte Speicherung zu gewerblichen oder anderen Zwecken ohne vorherige ausdrückliche Erlaubnis von Neue Zürcher Zeitung ist nicht gestattet.